

Bremen, den 11.4.2017



Sprecher
Olaf Brandtstaedter
Buddestr. 8/10
28215 Bremen

Bericht über die Nicht-Beratung der Petition S 19/165, „Keine Bebauung in Knoops Park“

Vollständiger Titel: Bericht über den mehrfach erklärten Willen der beiden Vorsitzenden des städtischen und des staatlichen Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, Insa Peters-Rehwinkel (SPD) und Mustafa Öztürk (B90/Die Grünen), die öffentliche und seit dem 27.12.2017 in der parlamentarischen Beratung befindliche Petition S 19/165 unserer Bürgerinitiative (BI) Grünes St. Magnus, „Bebauung in Knoops Park“, nicht inhaltlich beraten zu wollen

(1) Hintergründe

Am 27.3.2017 übergab ich im Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, dem diensthabenden Mitarbeiter gegen Quittierung eines Doppels ein Schreiben unserer Bürgerinitiative (BI) Grünes St. Magnus an die Petitionsausschüsse „Stadt“ und „Land“ der Bremischen Bürgerschaft mit der Bitte um zügige Weiterleitung. Parallel erhielten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Petitionsausschüsse sowie die Petitions-Ausschuss-Assistenz von mir das besagte Schreiben am gleichen Tage via E-Mail, worin wir um zeitnahe Beratung der Inhalte unseres Schreibens in der städtischen Petitionsausschuss-Sitzung am 31.3.2017 baten, möglicherweise auch im nicht-öffentlichen Teil.

In diesem Schreiben an die Petitionsausschüsse wies unsere BI unter anderem darauf hin, dass im Rahmen des Senats-Investoren-Pilot-Projektes der Bebauung des Westrand des Knoops Park, Bebauungsplan 1274, das Bau-Ressort uns jüngst via Petitions-Ausschuss-Assistenz per E-Mail vom 6.3.2017 ankündigte, in der Bau-Umwelt-Deputation am 27.4.2017 den Beschluss der Bebauungsplan-Auslegung fassen zu wollen und den Bplan 1274 danach im Mai 2017 auslegen zu wollen. Zu unserer Petition ließ uns das Bau-Ressort mitteilen:

„Die Petition S 19/165 wird zusammen mit dem B’Plan 1274 in der Deputation beraten werden. Es gibt noch keinen genauen Termin.“

Da die nächsten Bau-Deputations-Sitzungen (Stadt und Land) am 27.4.2017 stattfinden, bedeutet dieses angekündigte Vorgehen praktisch, dass am gleichen Tage unsere Petition beraten und die Auslegung des Bebauungsplanes 1274 beschlossen werden soll.

Wir wiesen in unserem Schreiben an die Petitionsausschüsse daher darauf hin, dass durch ein solches Vorgehen unumkehrbare Fakten geschaffen würden, die eine inhaltliche, öffentliche und ergebnisoffene Beratung unserer Petition S 19/165 in der Bau-Deputation und nachfolgend im Petitionsausschuss (S) unmöglich machen würde, was §7 des Bremischen Petitionsgesetzes ausdrücklich untersagt.

Dazu baten wir den Petitionsausschuss, beim Bau-Senator nach §7 des Bremischen Petitionsgesetzes zu beantragen, den Tagesordnungspunkt der Deputations-Sitzung vom 27.4.2017, „Beschluss der Auslegung des Bebauungsplanes 1274“, zu verschieben und begründeten dies.

In der Begründung unseres Antrages zeigten wir den Petitionsausschüssen auf, dass sich der Inhalt unserer öffentlichen Petition S 19/165 nicht nur auf die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Landschaftsparks Knoop's Park bezieht. Wir sprechen darin auch den brisanten und sehr wahrscheinlich weit über unsere Petition hinausgehenden Umgang der Finanz-Senatorin mit Sondervermögen und vermeintlichem Sondervermögen an, das in Wirklichkeit Allgemeinvermögen ist. Denn der Umweltbetrieb Bremen tritt im Falle der Bebauung des Westrand des Knoop's Park als angeblicher Besitzer der dortigen Fläche auf, was er rechtlich nicht ist. Weitreichend sind die Konsequenzen solcher Falsch-Deklarierungen von Allgemeinvermögen: Denn sie ziehen im Rahmen der baulichen Innenverdichtung in Bremen alternativlose, Investoren überantwortete Bebauungspläne nach sich, die keinerlei Planungs-Alternativen (sogenannte „Nullvarianten“, z. B. die Planung einer Parkanlage) zu einer baulichen Entwicklung zulassen.

Wir wiesen zudem in unserem Schreiben auf die umfangreichen Kontrollmöglichkeiten und Rechte der Petitionsausschüsse nach §5 des Bremischen Petitionsgesetzes hin und baten den Petitionsausschuss von diesem Gebrauch zu machen.

(2) Die Vorgänge am 30. und 31. März 2017

Am 30.3.2017 rief ich den stellvertretenden Vorsitzenden des städtischen Petitionsausschusses, Mustafa Öztürk, an. Ich erreichte ihn nicht und hinterließ auf der Mobilbox seines Mobiltelefones die Bitte um Rückruf in der Sache Petition S 19/165.

Öztürk rief mich an diesem Tage zurück. Er teilte mir telefonisch mit, dass er nun angeschoben habe, dass ich als Petent der Petition S19/165 im nicht-öffentlichen Teil der städtischen Petitionsausschuss-Sitzung am 31.3.2017 angehört werde und er davon ausgehe, dass das klappen werde. Er betonte dabei jedoch, dass man „inhaltlich nicht noch mal ‘reingehen‘ wolle. Eher sei der Termin dazu geeignet, mir noch einmal den „Sachstand“ mitzuteilen. Es liefen im Hintergrund ja Fristen und Verträge. Deren Einhaltung dürfe nicht behindert werden, da die Stadt ansonsten finanziell „in Regress“ genommen werden könne. Öztürk bestätigte mir per E-Mail vom 30.3.2017, dass er meine Einladung in den nicht-öffentlichen Teil der Petitionsausschuss-Sitzung (Stadt) vom 31.3.2017 beantragt habe und bestellte mich für 15.30 Uhr zum Sitzungs-Ort in der Bürgerschaft.

Am 31.3.2017 traf ich um etwa 14.30 Uhr im Foyer des Hauses der Bürgerschaft ein. Zufällig beschritten die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse, Peters-Rehwinkel und Öztürk, gerade die Treppe in Richtung Foyer. Beide kamen auf mich zu und nahmen mich zur Seite. Man wolle nachher im nicht-öffentlichen Teil des Petitionsausschusses „nicht noch mal inhaltlich ‘reingehen‘“, mir nur den „Sachstand“ in Bezug auf die Petition S19/165 mitteilen.

(3) Protokoll der Debatte im nicht-öffentlichen Teil des städtischen Petitionsausschusses zur Petition S 19/165 am 31.3.2017

Um 15.30 Uhr setzte ich mich als dazu eingeladenener Petent der Petition S 19/165 in den Sitzungssaal 301 B-C, Börsenhof A.

Der städtische Petitionsausschuss behandelte gerade im Rahmen des öffentlichen Teils der Sitzung den Tagesordnungspunkt 1.5, Beratung der Petition S 19/102 wegen Schaffung öffentlicher Toiletten am Osterdeich („Wildpinkler“).

Danach kam der nicht-öffentliche Teil der Sitzung.

Anwesend waren unter anderem die Abgeordneten Peters-Rehwinkel, Öztürk, Buchholz, Leonidakis, Rohmeyer, Saffe, Seyrek und Weigelt.

Der stellvertretende Petitionsausschuss-Vorsitzende Öztürk begrüßte mich offiziell als Petent der Petition S19/165.

Er sagte, dass man „inhaltlich nicht noch mal reingehen wolle“, mich aber über den „Sachstand“ bezüglich der Petition S19/165 informieren wolle.

Den von mir in meiner E-Mail vom 27.3.2017 erhobenen „Vorwurf“, die Petition S19/165 solle „gezielt ausgeschaltet“ werden, wies er zurück. Inhaltlich ähnliche Aussagen kamen von der Vorsitzenden Peters-Rehwinkel, man „weiche vom üblichen Verfahren hier ab“, und vom Abgeordneten Rohmeyer, man wolle mich über den Sachstand der Petition „in Kenntnis setzen“. Rohmeyer führte daneben aus, dass die Petition S 19/165 laut neu eingeführtem und seit 30. September 2016 gültigem §3,3 des Bremischen Petitionsgesetzes an die Bau-Umwelt-Deputation geleitet wurde. Man müsse nun „abwarten“, bis die Überweisung mit Beschlussvorschlag an den Petitionsausschuss erfolge. „Frist- und formgerecht“ werde die Petition dann auf „eine der folgenden Sitzungen“ des Petitionsausschusses gesetzt.

Daraufhin ergab sich eine längere Debatte, an der die Abgeordneten Peters-Rehwinkel, Öztürk, Leonidakis, Buchholz und Rohmeyer teilnahmen.

Die folgenden Debatten-Beiträge haben so stattgefunden, wobei ich nicht für die genaue Reihenfolge der Beiträge garantiere.

Ich erläuterte den Abgeordneten zunächst, dass mit dem angekündigten Vorgehen des Bau-Senators, die Bebauungsplan-Auslegung am 27.4.2017 beschließen zu wollen, unumkehrbare Fakten geschaffen würden, die eine nachfolgende, ergebnisoffene und öffentliche Beratung der Petition S19/165 im Petitionsausschuss unmöglich machen würden. Ähnliches hätten wir im Petitionsausschuss bereits vorher im Rahmen der 2. Petition von Christoph Spehr gegen die Bahnhofsplatz-Bebauung erlebt.

Der Petitions-Ausschuss müsse jetzt beim Bau-Senator einfordern, dass dem Petitionsausschuss noch genügend Zeit bleibe, die Petition S 19/165 ergebnisoffen im Petitionsausschuss zu beraten.

Ein Abgeordneter erläuterte daraufhin den neu geschaffenen §3,3 des Bremischen Petitionsgesetzes, die Petition müsse ja nun erst an die Bau-Deputation überwiesen werden usw. Der von mir angeführte Punkt, dass nach der Beratung in der Bau-Deputation und erfolgter Rücküberweisung an den Petitionsausschuss mit Beschlussvorschlag dem Petitionsausschuss noch genügend Zeit bleiben müsse, ergebnisoffen über die Petition zu beraten, wurde dabei übergangen.

Ich wies darauf hin, dass dieser Punkt übergangen worden sei.

Von einem Abgeordneten kam der klar zu erkennende Hinweis, ich solle mir nicht zu viel versprechen von einer Beratung der Petition S 19/165 im Petitionsausschuss. Wirklich ergebnisoffen könne eine solche Beratung dort doch gar nicht sein.

Das verstand ich als klares, dahingehendes Signal, dass das Petitionsrecht im Falle der Petition S 19/165 nicht zur Wirkung komme bzw. kommen könne bzw. kommen solle.

Die Abgeordnete Peters-Rehwinkel sagte, dass sie es „gar nicht so schlecht“ fände, dass derartige Petitionen nun erst einmal nach §3,3 des Bremischen Petitionsgesetzes an die Bau-Deputation überwiesen werden würden.

Ich wies darauf hin, dass dem Petitions-Ausschuss umfangreiche Rechte im Rahmen des § 5 des Bremischen Petitionsgesetzes zustünden, die er unter den fragwürdigen Umständen des beabsichtigten Parkflächen-Verkaufs unbedingt wahrnehmen solle. Nach § 7 möge er den Bau-Senator um Aufschub des angekündigten Bebauungsplan-Auslegungs-Beschlusses vom 27.4.2107 in der Bau-Deputation bitten.

Dazu erwähnte ich die dem Petitions-Ausschuss am 30.3.2017 per E-Mail zugegangene Sofort-Beschwerde von Peter Hincke bezüglich des beabsichtigten, offenbar unrechtlichen Verkaufs von angeblichem Sondervermögen, als die die Fläche am Knoops Park behörden- und verwaltungsintern offenbar behandelt wird, das müsse der Petitionsausschuss sofort überprüfen.

Zudem hätten wir vom Burglesumer Ortsamtsleiters gerade gestern erst erfahren – das Bauamt Bremen-Nord war in der Sitzung des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung des Burglesumer Beirates am 30.3.2017 bezeichnenderweise nicht erschienen – dass der Bebauungsplan 1274 am 17. Mai 2017 für 4 Wochen ausgelegt werden solle.

Der Abgeordnete Buchholz war angesichts dieser Tatsache überrascht und äußerte, dass er von diesem Datum der Bebauungsplanauslegung hier zum ersten Mal höre.

Ich ging in Bezug auf die Parkbebauung und den Umgang mit unserer Petition in eine „Zuspitzung“:

„Ein Kind fällt in den Brunnen und der Petitionsausschuss begnügt sich offenbar damit zuzuschauen und den Vorgang ordnungsgemäß abzuarbeiten.“

Daraufhin kicherte die Abgeordnete Leonidakis, was bei mir als Zustimmung ankam.

Ferner, so fuhr ich fort, solle der „Kairos“, also der günstige Stern über einer Sache, das, was die alten Griechen als „günstigen Augenblick/Zeitpunkt“ für ein Vorhaben angesehen hatten, in Bezug auf eine erfolgreiche Beratung der Petition S 19/165 im Sinne des Petenten offenbar „zielsicher umschiffen werden.“

Die Abgeordnete Leonidakis äußerte, dass sie, die Abgeordneten, darauf achten müssten, dass der Vorgang „gar nicht erst in die Bürgerschaft“ kommen dürfe.

Ein anderer Abgeordneter schlug vor, dem Bau-Senator einen Brief zu schreiben. Darin solle der Petitions-Ausschuss darauf hinweisen, dass dem Petitions-Ausschuss genügend Zeit bleiben müsse, die Petition S 19/165 nach erfolgtem Beschlussvorschlag in der Bau-Deputation ergebnisoffen zu beraten.

Die Vorsitzende Peters-Rehwinkel äußerte, dass die Zeit-Problematik dem Ausschuss nun klar und deutlich geworden sei hinsichtlich der Beratung der Petition S 19/165 und bedankte sich dafür bei mir.

Ich wies abschließend darauf hin, dass ich den Vorgang Parkbebauung des Knoop's Park seit 5 Jahren verfolgen würde. Dazu hätte ich einen Aktenschrank und wir hätten mit „gewichtigen Männern“ gesprochen, die in den Prozess involviert seien. Da wisse man schon ziemlich genau, wie die Dinge liefen.

Verfasst von



Bremen, den 11.4.2017